

[illegible]

Frank
(Frankfurter Handelszeitung.)
Stadt-Telephon: Amt 1 5940, 5941, 5942, 5943.

Fürter
und Handelsblatt.
Begründet von Leopold Sonnemann

Zeitung
(Neue Frankfurter Zeitung.)
Für Abonnenten: Amt 1 25, 154, 2516, 4425

[illegible]

zweideutige Angelegenheit schaffen, die einer Wiederholung solcher militärischer Vorfälle ein für allemal ein Ende macht. Die beschriebenen Ereignisse wegen der ungenügenden Nachforschungen — die übrigens nach dem Tode von 1910 die Haftbarkeit des Hochstufes und nicht einzelner Militärpersonen in Anspruch nehmen müssen — werden ja Gelegenheiten geben, auch die Aufklärung von Zivilisten über die Rechtshierarchie des militärischen Vorgehens kennen zu lernen; aber da die Hauptentscheidung noch immer bei den Militärgerichten liegt, und bei diesen die Gerichtsbarkeit, das heißt militärische Vorgesetzte selbst für die Erhebung und Befolgung von Anklagen die entscheidende Bestimmung haben, würden auch fälschende Urteile der Zivilgerichte keine Befähigung zu schaffen vermögen.

Der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses Graf Schwerin-Löwitz hat mit dem Tode, der den Kaisersohnen eigen ist, für sich selbst erachtet, bei der parlamentarischen Kollegiumsfeier seinen offiziellen Toast auf den Kaiser in einer parteipolitischen Rede zu gestalten, die ganz im Sinne der konstitutionellen Arbeit in Reichstag und Provinzialparlamente gehalten war und unter anderem auf die Reichstagsdebatten über die Abgrenzung der Militärgesetze gegenüber der Zivilbevölkerung Bezug hatte. Graf Schwerin spricht von einer ersten Begegnung unserer monarchischen Staatsordnung, die sie durch die preussische Staatsverfassung und die Reichsverfassung gegeben sei, und will den unbedingten Willen fesseln, von niemandem etwas von preussischen Rechten und den ihm durch die Verfassung gewährten Rechten rauben oder schmälern zu lassen. Die Tendenz solcher Reden ist klar genug; sie zielen auf die Bezeichnung bestimmter Stellen, vor allem der in Preußen auftretenden Stelle, um zu verhindern, daß von den von der Reichstagsmehrheit geäußerten Wünschen ein verhängnisvolles Entgegenkommen official werde.

Was da von der ersten Bedrohung der Staatsoberhäuptung geredet wird, ist genau so eine Phrase, wie die Behauptung von verfassungswidrigen Eingriffen in die Konstitutionenform und wie die gespielte Entrüstung der Konventionen darüber, daß im Reichstage im Anfang an die Interpellationen gleich die denselben Gegenstand betreffenden Anträge beraten wurden. Das stellt die „Konjunctive Correspondenz“ als eine Erweiterung der Rechte des Parlaments und damit als eine Verfassungsänderung hin, obgleich diese rein geschäftsbearbeitungsmäßigen Vorgänge, bei denen durchaus correct verfahren worden ist, mit der Verfassung gar nichts zu tun haben und auch keinerlei Rechte verletzen. Dieser konjunctive Unfug ist aber kaum schlimmer als die Weigerung von der Schmälerung verfassungsmäßiger Rechte. Diejenigen, welche klare gesetzliche Grundlagen für die Grenzen der militärischen Befugnisse verlangen, tun das ja gerade auf Grund der Verfassung und werden sich dagegen, daß durch Kabinettsordre und Dienstinstruktionen Verfassungs- und sonstiges gesetzliches Recht durchbrochen wird und an seine Stelle ein absolutistisches Recht der Willkür tritt. Sie durch die Verfassung gewährleisteten Rechte des Königthums werden durch dieselben Verfügungen nach der Geltung des Rechts nicht berührt, denn auch sie würden auf dem allgemeinen Rechtsboden. Wer etwas anderes behauptet und will, dem ist es nicht um die Erhaltung der gesetzlichen und der Reichsverfassung zu thun, sondern der rüthelt an ihr, weil er den Teil der Verfassung mißachtet, der die Rechte des Volkes bestimmt. Daß die Konventionen für diese wenig übrig haben, ist ja freilich bekannt genug.

In den Rechten des Volkes gehört mit in erster Reihe auch ein gesicherter Rechtsstand, und dieser ist nur möglich auf dem festen Boden des Gesetzes. Das ist es, was den Kernpunkt der Verhandlungen des Reichstags bildet, und hierauf wird auch bei der weiteren Behandlung der Frage des Reichsraus zu legen sein. Darüber kann kein Zweifel sein, daß mit der vorerwähnten Aufhebung der Kabinettsverträge von 1840 die Angelegenheit ebensosehr abgeklärt sein kann, wie mit den Anträgen, welche die baldige Fortsetzung dieser Prüfungsergebnisse fordern. Was dabei herauströmmt und wie lange es dauern wird, kann niemand sagen, und nach den bisherigen Erfahrungen besteht kein Grund, in solchen Fragen vortrauenlos zu sein. Nachdem das, was bisher im allgemeinen als Nothwendig galt, in Zweifel gestellt worden ist, und nachdem sich gezeigt hat, daß auf Grund unbekannter Zustände militärische Verfügungen für sich berechtigt halten die Befehle der Zirkelzahl nach ihrem Gutdünken an sich zu erlassen und nun ein militärisches Regiment zu führen, ist anzusehen über alle Rechte der Bürger hinweggesetzt und in demselben Maße und unter groben Verletzungen der Wehrlosgesetz-Verordnungen durchgeführt und das, der auch nur kleine Macht, sein Recht zu mahnen, niederschlägt und nachdem sich Widerstände gefunden haben, die alle diese Dinge als recht und erlaubt erklären, da darf man nicht warten, um sich mit nachträglichen Erklärungen und Modifikationen in die Angelegenheit zu begeben, sondern da muß man eine klare

zweideutige Angelegenheit schaffen, die einer Wiederholung solcher militärischer Vorfälle ein für allemal ein Ende macht. Die beschriebenen Ereignisse wegen der ungenügenden Nachforschungen — die übrigens nach dem Tode von 1910 die Haftbarkeit des Hochstufes und nicht einzelner Militärpersonen in Anspruch nehmen müssen — werden ja Gelegenheiten geben, auch die Aufklärung von Zivilisten über die Rechtshierarchie des militärischen Vorgehens kennen zu lernen; aber da die Hauptentscheidung noch immer bei den Militärgerichten liegt, und bei diesen die Gerichtsbarkeit, das heißt militärische Vorgesetzte selbst für die Erhebung und Befolgung von Anklagen die entscheidende Bestimmung haben, würden auch fälschende Urteile der Zivilgerichte keine Befähigung zu schaffen vermögen.

Der konservativste Standpunkt, daß die Regelung der Befugnisse des Militärs zur Unterdrückung von Unruhen Sache der Landesherren im Rahmen der landesrechtlichen Gesetze sei, ist schon deshalb nicht haltbar, weil diese Befugnisse des Militärs sich in den allgemeinen gesetzlichen Schranken zu bewegen haben. Die Kommandogewalt betrifft den rein militärischen Dienst. Sie erstreckt sich aber nicht auf das Bestehen des Militärs zur Aufrechterhaltung, das nimmermehr durch beliebige Anordnungen einer militärischen Stelle, sondern nur durch allgemeine Rechtsnormen geregelt werden kann, Rechtsnormen, wie sie in der preussischen Verfassung und in der Reichsstrafprozeßordnung gegeben sind. Die Kommandogewalt kann lediglich Bestimmungen treffen, welche für die Ausführung dieser Rechtsnormen im Einzelfall Anweisungen geben, oder selbstherrlich über den Rahmen des gesetzlichen Rechts nicht hinausgehen dürfen. Das ist so selbstverständlich, daß darüber gar keine Meinungsverschiedenheit bestehen sollte. Jeder aber haben wir erfahren müssen, daß diese Rechts-Selbstherrlichkeit bestritten, und zwar von Militärs gerichtet mit Erfolg bestritten worden ist, und daß mit vollem Ernst der Standpunkt vertreten wird, über die Befugnisse des Militärs habe nur der Vertreter der Kommandogewalt und da ganz unbeschränkt zu bestimmen, und niemand dürfe seine Anordnungen nachprüfen und kritisieren, am allerwenigsten der Reichstag, den die ganze Sache nichts angeht.

Eine solche Auffassung ist die oblige Regierung des Reichthums und der Reichseinheit, die doch auch zu den Besitzungsgrundlagen im Reich zöhrt. Nachdem sie selbst gekelt Eingang und praktischen Einfluß gewonnen hat, muß der Reichstag druckbare Mittel schaffen, um sie für die Folge praktisch umsetzen zu können. Die Resolutionen aus dem gewis erhaltenen Anträgen ist nicht viel zu erreichen, man genussam doch. Nur gesetzgeberische Anordnungen können allen Willkür-Tendenz eine Schranke ziehen. Die fortschrittliche Volkspartei hat in ihrem Antrag den Weg dazu gewiesen. Nationaloberste und Zentrum haben geäußert, sie darauf zu folgen, und es ist daher noch nicht ganz zu einem positiven Ergebnis, die mit der Beratung der verschiedenen Anträge betraute Kommission kommen wird. Die ganze Aktion des Reichstages würde aber außerordentlich an Bedeutung verlieren, wenn er nicht zu einer gesetzlichen Festsetzung käme, die von Reichstagen die Materie einheitlich regelt. Die parlamentarischen Bedenken, welche der Justizminister geltend macht, dürfen in einer so wichtigen, die ganze Reich betreffenden Angelegenheit nicht ausschlagend sein. Wenn man für der landesrechtlichen Regelung überläßt, wird sie zum übertrieben Theile ganz unter preussisch-königlichen Einfluß erfolgen, das heißt, es wird für den ganzen Umfang des preussischen Königthums von einer Reichsform und Reichshoheit keine Rede sein, und da nach der geltend gemachten Anschauungen das Militär sich nur nach seine Instruktionen und nicht nach der gesetzlichen Vorschriften der Landestheile, in dem es seinen Standort hat, richten soll, würde auch eine beträchtliche Abgung in einzelnen Bundesstaaten keine Sicherheit gegen Ueberschritte preussischer Vorherrschaft bilden. Wo es sich um die Feststellung wichtiger Reichsgrundsätze handelt, die dem Völkertum mittheilen soll, gegen Willkür sichern sollen, da würde es dem Geiste der Reichsverfassung widersprechen, auf das Landestheile zu verweisen, sondern da ist der einzige praktische Weg, der bis auch kein Landestheile und kein begränktes Recht der Landesherrn verleiht, der einzige der Reichsformgebung. Mir hieße

daß diese Einigkeit auch in der Reichstagskommission zur Geltung kommen und zu Ergebnissen führen wird, welche die Streitpunkte endgültig in einer den Reich befriedigenden Weise beseitigen.

Der sozialdemokratische Abg. Kollb vertritt in der „Sozialistischen Monatshefte“ einen Artikel über die Militärfrage und die Sozialdemokratie. Er führt darin aus, daß die Haltung dieses Partei in dieser Frage grundrichtig sei. Daß ihre Politik zu nichts geföhrt habe, werde man nicht behaupten können; es habe es nur leid gemacht, die Reformforderungen der Sozialdemokratie zu ignorieren und die Föhren der Verdrückung möglichst durch indirekte Steuern zu decken. Er führt dann fort:

[illegible]

Sehr verständliche Ansichten, wenn auch nicht neu. Der
jehde und Anklagen haben Ideen oft Mangelnde und
Kontinuität Sozialdemokraten gezeigt, ohne daß es die Sozial-
demokratie von ihrer Linie abgebracht hätte. In der Politik
muß man also tausendmal dreimal sagen, noch ist mit
Kreuzung Robbe diese Nummer gewiß noch nicht erreicht.

Der Inhalt der Antworthote Englands an den den Großmächten in London überreichten Note über die Regelung der albanischen und der dachigen Frage ist in seinen Grundzügen bekannt geworden. Er bekräftigt die bisherigen Forderungen von dem glatten Verfall der Verbindungen, soweit sie die Großmächte angehen. Die neue Note, die als Kundgebung der Auffassung der Triple-Entente zu betrachten ist, legt aus, nach drei Punkte genau zu bestimmen und festzulegen. Interessant ist der Vorbehalt, die Großmächte sollten sich ausdrücklich verpflichten, gewisse neue Maßregeln zur gegenseitigen Durchführung ihrer Verträge zu erreichen, falls nun irgend einer Seite wegen der beschriebenen Regelung Wiederschlag geschehen werden sollte. Ein derartiger Mangel würde natürlich dem Bestum der Note einen besonderen Nachdruck verleihen. Allerdings möchte auch dann noch erörtern, damit zu spezifizieren, daß die Ausnützung an der Schwierigkeit, über die Art der Maßregeln einig zu werden, stehen könnte. Der zweite Punkt, der England noch ausdrücklich fordert haben möchte, betrifft die Todesstrafe. Stellen bei noch wiederholt erklärt, daß nicht die Missethäter, die im Tripelbündnis bestrafe Infanterie zu bestrafen, und die anderen Großmächte haben aus seine Gesetze, sich auf diesen Infanterie festsetzen — das stimmt man schon in der Londoner Vortragskonferenz nicht ein —, aber England möchte doch nicht darauf verzichten, daß die Missethäter bei der empfindlichen Prüfung der Todesstrafe mitreden. Man ist es nun sehr zu überlegen haben, ob dadurch nicht die Willkür nicht nur, daß England noch mindestens den Versuch macht, auch da noch etwas für sich herauszubekommen. Die englische Note macht das weiter darauf aufmerksam, daß man Gerechtigkeit für etwas höhere Ursachen im Geiste nicht verdammen möchte machen die Missethäter mit etwas Ähnliches vom Tribunal empfangen.

worden. Man ging aber, soviel wir wissen, davon ab und begnügte sich mit den guten Versprechungen der griechischen Regierung und ihrer Trüge, um der gemeinsamen Beschädigung Albanien mitwirken zu wollen. Doch läßt die englische Note darauf schließen, daß man in diesem schmerzlichen Punkt noch nicht ganz einig geworden ist.

* Paris, 27. Januar

Man hat diesmal dem Kongress der gereinigten Sozialisten, der in Wien's abgehalten wird, mit besonderer Spannung entgegenzusehen, da man von ihm die Entscheidung über die Frage erwartet, welche Haltung die Sozialisten gegenüber den Radikalen in den bevorstehenden Wahlen einnehmen werden. Die Pariser Verbände haben bereits ein Programm beschlossen, daß dem Wahlprogramm der Radikalen ähnelt, und auch in Aussicht stellt, daß sie für den zweiten Wahlgang ihre Kandidaturen auf Stützen der Radikalen zu stützen werden. Der linke Flügel der Sozialisten, die Partei der "Schweißigen Hände" und der unermüdeten Kämpfer, erklärte sich entschieden gegen diese Taktik, die einer Wiederherstellung des alten Rechts vorarbeitet. Der Kongress soll zwischen beiden Fraktionen entscheiden. Die Entscheidung an der Debatte hat Chauvin, einer der Unentschiedenen, im "Matin" einen Artikel veröffentlicht, in dem es heißt:

Abgeordneten aus der gelehrten Zerstreuung mit den Rab-
baten, welche ich persönlich, der israelitischen Jantze verzeihe
dies für meine Unwissenheit glauben möchte, hat, die Jantze ihren Un-
wissen aus dem allgemeinen Aussehen, der Beobachtungen, die
sicherten Teil und andere halber Angehörigen, die nichts an
der eigenen Zerstörung zu tun haben. Denn um auf dem Parteistil
hinein Zerstörung gebracht wird, zu werden wir zu dem Schluß
gekommen, daß wir nichts mehr in der Partei zu tun haben. Es
müssen jedoch unsere Freiheit gleichgültig und eine nur
Jantze führen, die den Teil „Abgeordnete“ annehmen wird.
Die Bewegung läßt sich in eine kurze Periode teilen: Jantze
und wirtschaftliche Entwertung der Kapitalistenschaft. Es
nichts Freude hat dafür, was wir nicht auf dem Parteistil
behalten. Letztem wir unter Stellung selbst gegeben habe
kommen und möglichst Zusammenkommen zu. Abgrenzung
Erklärung, Abgrenzung haben und werde ich selbst Einverständnis
mit behandelt. Andererseits wir, zu werden wir in Jantze Teil
noch in Laufe des Jahres, einen anderen Rang, den die
„Abgeordnete“ einbringen. Wir werden uns an alle Arbeit
und gesellschaftlichen Elemente wenden, die entstehen, daß es
das Gebiet der Jantze in beiderseitigen. Und wir werden
mit einflussreichen Partner in die Wahlpolitik treten. Es
sicherheiten betonen wird mit allem Nachdruck, daß weder die
manne nach meine Freunde noch ich und von der „Jantze“
sollen in trennen gesehen. Wir haben viele von unter
Jantze mit den Jantze in Kenntnis gesetzt und werden, ich
dabei wir uns zur Partei gebildet haben, immer unter der Jantze
sagen, daß wir der Jantze von Jantze nicht Recht ist
unser Anklage an das internationale gesellschaftliche Ver-
nehmen.

Der Romancier ist bis jetzt über die Reden nicht hinaus gekommen. Er wuschelt mit der Rede nach Anhängen in Wegern einer Beschäftigung mit dem Sozialistischen Materialismus, ohne daß jedoch die Redner sich selbst über die Wichtigkeit ihrer Argumente irgendwelchen Aufzeichnungen eingedenkten. Von allem Anfang scheint man sich darüber zu sein, daß es keine absolute Lösung dieser für die Sozialistische Frage gibt und geben kann, weshalb die Forderungen der Revolution sich nicht ihrer Autonomie und des Rechts berauben lassen wollen, eine Entscheidung darüber zu fällen, was ihnen unter den gegebenen Umständen als die zuzugewandte Problem erscheint. Von allen Rednern vertritt an erster Stelle Guesdism *Herzog*, der umgekehrt als unüberwindliche Forderung der „Guerre Sociale“, hervorgehoben zu werden, der den auch bei den Sozialisten geltenden Satz, keine früheren Schritte seien einzusetzen und sich die Argumente seiner Widerwärtigen zugänglich zu sein, Guesdism jedoch, der lange Zeit hindurch die Theorien der übertriebenen Antimaterialismus verpersönlicht, der für die ganze bürgerliche Presse der Mann der „Reine auf dem Markte“ gewesen war und um seiner Theorien willen zu lang im Gefängnisse zubrachte, widerwärtige Guesdism hat sich durch die Ereignisse eines Besseren belehren lassen und tritt nunmehr mit der ganzen Wucht seines unerschöpflichen Talents und der Unerschöpflichkeit der aufrichtigen Verurteilung für eine enge Verbindung mit den Kabbalisten, für die Wiederherstellung des repressiblen Worts und nicht dabei seiner Gemeinheit gemäß bis an die äußersten Grenzen seiner Idee, bis zur Beteiligung der Sozialisten der Revolution. Er läßt sich durch die Charaktere der Geschichten, der einfingeligen Doktrinen des Sozialismus

Wissenschaftler Hermann Zimmer.

Der Sanitätsrath in Frankfurt kommt nicht erst in die Lage, Urtheile zu prägen; mehr hat er nur die Urtheile zu vertheilern, die an jedem Tage schon allgemein worden sind. Tüdt es sich denn doch, daß er ganz ohne merkwürdige neue Erfindungen die gegenwärtige Zeit, so dort es doppelt in der Begrenzung trennen und nicht mit Gleichbedeutung auf die Bedeutung einwirken. So wird denn der Sanitätsrath in der That sein, daß die Selbstthätigkeit der Sanitätsrathmannen (Frankfurt) vermehrt, denn die Selbstthätigkeit wird sich eine ganz einzigartige Vertheilung der Sanitätsrathmannen.

[illegible]

Wenn man die Anzahl dieser Blätter und ihrer Seiten
geschätzt einrechnen würde, so wird man sie in die Hunderte
von tausend Blättern fühlen. Man mag doch, trotz
vielerlei Bemerkungen der Zeitgenossen, absehen, denn
man muß nicht den Äußern Ausdruck, sondern die innere
Formung; sie ist ohne die Willkür aufständischer Verle-
der, fast nicht ohne Gottlieb. Es sind Zeichnungen
von, also die vorzüglichste Kennzeichnung von St. Men-
die es ganz vollkommene Darstellungen denken lassen
von der gläubigen Dichtung, Gegenwärtigkeit, Äußerung
von Menschen in der Art des lebenden Mensch-
en. Man sieht aber der lebenden Frauen haben Anteil an der
Kunst, die sie schaffen. Die letzten Zeichnungen, die sie
in der Kunst, indem sie die lebendigen Menschen
einfachsten Sinne, verstehen, sie zeigen sich zu eigen-
tümlichen, ohne die Spitze der Kunst, in der be-
trachteten, ohne die Spitze der Kunst, in der be-

Stoff, ist auch der Einbruch der Selbstliebe, nicht immer einseitig und reiflos übergehend wie der der Gedächtniswelt mancher Epigrammatiker, bei demunter findet. Auch hier wieder die Gefahr des Aufbaus in einem Reduktionsverfahren. Man kann jedoch umkehren zu ihnen, die Ex der an ihnen beruhen, nicht als ein Nebeneinander von Selbstliebe, sondern als ein Gefüge aus einander heraus.

Teile. Das Streben nach einer Abkühlung der Pöbel-
führt ihn dazu, immer tiefer die Eingetragten flamm-
und geometrisch einzumengen, und damit geht die fort-
Vereinbarung als publizistischer Paraphrase der Per-
parade. Was in der neuplatonischen Mänetik so oft war
vermittelnde These erscheint, intellektuell und unklarheit
regt sich hier als die ungewisse Notwendigkeit einer Stil-
beg, als Jenseit der eben. Jenseit.

[illegible]

Der künftige Geburtstag des Frankfurter Noters Rudolph Guden gab die Veranlassung, seine Künstlerische in einer schönen Ausstellung zusammenzufassen, die von 1. März bis 1. April im Museum der Stadt Frankfurt a. M. stattfand. Die Ausstellung ist eine überaus reiche und interessante. Sie zeigt eine große Anzahl von Gemälden, die von Guden selbst gemalt sind, und eine große Anzahl von Zeichnungen, die von ihm entworfen sind. Die Ausstellung ist eine sehr interessante und wichtige, die die Kunst des 19. Jahrhunderts in Frankfurt a. M. zeigt.

hätte es sich vorgeföhrt, den Künstler, der noch unter so
wenigem Glück zu arbeiten, als er es sich längst zu
verdienter Ruhm habe. Zugleich aber in allem glück-
liche — den Zeitgenossen mußte das bezaubernde Talent,
das trotz großer Art der Abwesenheit seiner Familie, die ein
kenntnis zu den Werken seiner Kunst schenkte; die deutsche
Kunst über die Kunst anderer Völker zu stellen, die sie die
Welt nicht verurtheilen. Eine reiche Zahl von Werken aus
dieser Gattung in guter Reproduktion findet. Die man
in ihrem Leide hat beitragen, den bei empfindlicher Kunst
genossen des Kunstwerks Kunst vorstellend zu machen.

Dr. Carl Oelrich.

[illegible]

Die vorhererwähnten Briefeilen teilt Herr Carl Gachend in Nürnberg (Augsburgerstraße 22), der im Verein P. Dr. Eberhard Schmid in München (Hofher der Post) 50. Spenden in jeder Höhe nimmt die Dresdner Bank Fil. Nürnberg, Konto „Erholungsheim für deutsche Kämpfer“ entgegen.

[illegible]

— Der Zarhofgast Karl der Große! Man
sagte: Kaiser Karls Sohn, nach dem, am 26. Januar, ver-
storbenen Kaiser, hat er den Namen Karl der Große, nach
dem kleinen Kari in Moser der vorjährige Martenfeier, be-
gründet. Er ist seit seiner Zeit das Gesicht des Meisters ge-
worden, und trägt fast seine Gebirge mit dem Gurgel-
stein, in dem er auf dem Kaiserlichen Stuhle selbst bestanden
hat. In dem, in dem eckelsteinreichen Schrein überlegen
den, in dem die Zeit fast hundertachtzig Jahren zu-
brachte. Die Geschichte des Kaiserthums geht aus der Größe

Georges Gelling & Co. A.G.

James W. Bacharach

February-März 6.77 6.73 Juli-August ... 6.73 6.67 Okt.-Dez. 6.18 6.
März-April ... 6.79 6.73 Juli-August ... 6.68 6.62 Nov.-December 6.24 6.

Acetylsäure in Liverpool März 2.32, Mai 2.54, Nov. 2.66
do. in Alexandria März 18⁹⁴ 2.48, Mai 18⁹⁴ 2.62, Nov. 18⁹⁴ 2.70

